

auf den Sinn der Fristsetzung. Danach ist unter „Anhebung der Klage“ eine prozessuale Handlung des Ansprechers zu verstehen, eine Handlung, die von seinem Willen abhängt und in seiner Macht steht; denn eine Verwirklichungsfolge darf nicht geknüpft werden an eine Handlung, die außerhalb des Willensbereiches des mit der Verwirklichung Bedrohten steht. Des weiteren ergibt sich schon aus der Kürze der Frist und aus ihrem Zweck — der Beschleunigung von Incident-Rechtsstreitigkeiten in Betreibung- und Konkursfällen, im Interesse der raschen Durchführung der Betreibung und des Konkurses —, daß unter der Klageanhebung die erste Handlung des Klägers zu verstehen ist, die den Prozeß einleitet, dem richterlichen Rechtsschutz ruft, ihn in gesetzlich gültiger Weise vorbereitet. Welches diese Prozeßhandlung ist, bestimmt das kantonale Recht; aber daß es diese prozeßeinleitende Handlung ist, sagt das eidg. Recht. Die Auffassung, die das Bundesgericht in seinem Urteil vom 14. März 1896 i. S. Feusi gegen Waſſe Feusi, US 22 S. 69 f. Erw. 3, vertreten hat und die auch in Jägers Komm., Art. 107 Num. 5 (S. 188) übergegangen ist, daß unter Klage „diejenige Handlung zu verstehen“ sei, „durch welche der Kläger die gerichtliche Hilfe anruft und die Rechtshängigkeit der Streitsache mit ihren prozessual- und materiell-rechtlichen Wirkungen begründet wird“, und wonach die Erhebung der Klage „die Vornahme dieser Handlung, d. h. desjenigen prozessualen Aktes (ist), welcher jene Wirkung herbeiführt und dem „Kläger den Anspruch auf gerichtliche Entscheidung erwirbt“, geht daher zu weit und kann insofern nicht festgehalten werden, als sie Klageanhebung und Streithängigkeit gleichsetzt. Die beiden Prozeßakte sind denn auch begrifflich etwas durchaus von einander verschiedenes. Wo daher das kantonale Prozeßverfahren der gerichtlichen Klage vorgängig eine Anrufung des Friedensrichters vorschreibt, ist schon diese Anrufung als Anhebung der Klage, weil sie eben Einleitung des Prozesses ist, anzusehen. (So auch das Bundesgericht bez. Art. 35 ZGG in den in Erw. 3 zitierten Fällen.) Diese Prozeßhandlung hat die Klägerin unbestrittenmaßen innert der Frist des Art. 242 SchKG vorgenommen. Und da im Übrigen das kantonale Urteil ausdrücklich feststellt, daß die Vorschriften des Art. 21 des zugerischen Einführungsgesetzes be-

achtet worden sind, so ist ohne weiteres als erstellt anzunehmen, daß die Klage rechtzeitig eingeleitet und daher materiell zu behandeln sei.

5. Ist sonach im Gegensatz zur Vorinstanz die peremptorische Einrede des Beklagten abzuweisen, so ist das angefochtene Urteil aufzuheben. Dabei erfordert die Prozeßklage, da über die Sache selbst (die Begründetheit der klägerischen Ansprache) noch kein Urteil vorliegt und eine Prüfung des Bundesgerichts auf Grund der derzeitigen Aktenlage nicht möglich ist, eine Rückweisung an die Vorinstanz.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Die Berufung wird in dem Sinne als begründet erklärt, daß das Urteil des Obergerichts des Kantons Zug vom 28. Januar 1907 aufgehoben und die Sache zu materieller Entscheidung an die Vorinstanz zurückgewiesen wird.

VII. Organisation der Bundesrechtspflege.

Organisation judiciaire fédérale.

67. Urteil vom 17. Juli 1907 in Sachen Leihkasse Enge, Kl. u. Ber.-Kl., gegen de Gendre, Bekl. u. Ber.-Bekl.

Zulässigkeit der Berufung: Streitwert, Art. 59 OG. Pfandrecht an Lebensversicherungspolice im Konkurse des Versicherungsnehmers; Wert der Police.

Das Bundesgericht hat

da sich ergeben:

A. Im Konkurse seines Schwiegervaters Cäsar Schmidt meldete der Beklagte eine Forderung von 12,487 Fr. 50 Cts. nebst Zinsen und Kosten, sowie ein nachgehendes Faustpfandrecht hierfür an einer Lebensversicherungspolice Nr. 40,722 der Basler Lebensversicherungsgesellschaft zu Gunsten des Gemeinschuldners an; auf der Police haftet schon ein Darlehen von 6300 Fr. zu Gunsten

der Versicherungsgesellschaft. Nachdem die Konkursverwaltung Forderung und Faustpfandrecht anerkannt hatte, verlangte die Klägerin mit der vorliegenden Kollokationsanfechtungsklage, die sie eventuell auf Art. 285 ff., speziell 288 SchKG stützt, ursprünglich Wegweisung der Forderung und des Pfandrechts; schon in der Replik vor erster Instanz reduzierte sie jedoch ihre Bestreitung auf das beanspruchte Faustpfandrecht. Während die erste Instanz, unter Vormerknahme von der Anerkennung der Forderung und Behaftung der Klägerin dabei, das Faustpfandrecht als unbegründet verworfen hat, hat auf Rekurs des Beklagten hin die I. Appellationskammer des Obergerichts des Kantons Zürich mit Urteil vom 18. Mai 1907 erkannt:

Die Klage wird abgewiesen.

B. Gegen das Urteil des Obergerichts hat die Klägerin rechtzeitig die Berufung an das Bundesgericht ergriffen mit dem Antrag: „Es sei in Aufhebung des angefochtenen Urteils die Faustpfandansprache des Beklagten aus Art. 288 SchKG anfechtbar zu erklären und in diesem Sinne die Klage gutzuheissen.“ Der Berufungserklärung war eine begründende Rechtschrift beigelegt, für den Fall, daß als Streitwert ein Betrag von weniger als 4000 Fr. (aber mehr als 2000 Fr.) angenommen werden sollte. Der Rechtschrift liegt eine Bescheinigung des Konkursamtes Hottingen bei, wonach der Umwandlungswert der liberalierten Police laut Mitteilung der Versicherungsgesellschaft 11,631 Fr. betrage und das Konkursamt der Police einen Wert von mindestens 12,000 Fr. beimisst.

C. Mit Eingabe vom 15. Juni 1907 hat der Vertreter des Beklagten geltend gemacht, laut (beigelegter) Bescheinigung der Basler Lebensversicherungsgesellschaft habe die fragliche Police heute einen Rückkaufswert von 6955 Fr., während darauf schon seit Juni 1905 ein Darlehen von 6300 Fr. lasse; der Streitwert betrage somit, als Wert des Pfandgegenstandes, nur 655 Fr.

D. Auf Anfrage des Instruktionsrichters, vom 19. Juni 1907, hat die Basler Lebensversicherungsgesellschaft mit Zuschrift vom 21. Juni 1907 folgende Erklärung abgegeben:

„Fr. 6955 — ist der Rückkaufswert von dieser Police, das heißt derjenige Betrag, welcher von der Gesellschaft bei einer jetzt

„stattfindenden Liquidation der Police ausbezahlt würde, abzüglich dem auf der Police lastenden Darlehen von Fr. 6300 — nebst laufendem Zins seit 5. März 1907.

„Fr. 11,631 — ist dagegen der Betrag, welchen die Gesellschaft bei Ablauf der Versicherung, das heißt beim Ableben des Versicherten bezahlen würde, wenn vom 5. September 1907 an die Prämienzahlungen eingestellt würden (liberierte Versicherungssumme). Auch von dieser Summe käme bei der Liquidation der Police das obgenannte Darlehen der Gesellschaft in Abzug, samt allfälligen Zinsrückständen. Dieses Darlehen könnte bis zum Ablauf der Police fortbestehen und wäre in diesem Fall weiter „zu verzinsen“; —

in Erwägung:

1. Für die Kompetenz des Bundesgerichts, die von Amtes wegen zu prüfen ist, kommt in Betracht, ob der erforderliche Streitwert nach Art. 59 OG gegeben sei; denn daß es sich um eine vermögensrechtliche Streitigkeit handelt, ist ohne weiteres klar.

2. Bei der Berechnung des Streitwertes muß zunächst ganz außer Betracht fallen, daß ursprünglich — in der Klage — nicht nur das vom Beklagten beanspruchte Pfandrecht, sondern auch die Forderung bestritten war. Durch die nachfolgende Anerkennung ist dieser Punkt gänzlich aus dem Streit gefallen, er hat schon vor den kantonalen Instanzen nicht mehr den Streitgegenstand gebildet und bildet ihn auch heute nicht; Streitgegenstand ist einzig das Pfandrecht. Übrigens muß nach Inhalt des zürcherischen Prozeßrechts die in der Replik erfolgte Anerkennung sowie zur Bemessung des Streitwertes in Berücksichtigung gezogen werden, da Replik und Duplik nach zürcherischem Prozeßrecht (vergl. § 336 RPsG) nicht streng gesonderte Prozeßabschnitte bilden, sondern mit Klage und Antwort zusammen ein einheitliches Ganzes — die Hauptverhandlung — ausmachen, und nun bei der Frage, was „Klage und Antwort“ im Sinne des Art. 59 OG sei, diese Struktur der erstinstanzlichen Verhandlung zu berücksichtigen ist. (Vergl. Urteil des Bundesgerichts vom 25. Januar 1905 i. S. Fischer gegen Elemer, *Revue* 23 Nr. 33.)

3. Was nun den Wert des Pfandrechts betrifft, so ist, da der Wert des Pfandes jedenfalls geringer ist als der Wert der For-

derung, auf jenen Wert abzustellen, also den Wert der Police, unter Abzug der darauf haftenden Pfandrechte, die unbefristet gemäss für 6300 Fr. darauf lasten. Als solcher Wert kann die liberierte Versicherungssumme oder aber der jetzige Rückkaufswert in Frage kommen. Da nun die Liquidation der Police jetzt erfolgt, erscheint es richtiger, diesen letztern Wert zu Grunde zu legen, also 6955 Fr. Da nun hiervon 6300 Fr. abgezogen sind, beträgt der Streitwert nur noch 655 Fr. Danach bleibt der Wert des Streitgegenstandes bedeutend unter dem für die Berufung an das Bundesgericht erforderlichen Streitwerte; —

erkannt:

Auf die Berufung wird nicht eingetreten.

68. Arrêt du 13 septembre 1907, dans la cause
Mutru, dem. et rec., contre Brugerolle, déf. et int.

Recours en réforme, recevabilité. 1. Valeur du litige, art. 59; 63, al. 1, ch. 1 OJF; indication de la valeur du litige dans le recours, art. 67, al. 3 OJF. — 2. Conclusions du recours, art. 67, al. 2 OJF.

A. — Par sommations, en date du 4 août 1906, les époux, séparés de biens, Edmond-Auguste Mutru et Amélie née Lehmann, à Genève, ont, chacun de son côté, formé devant le Tribunal des prud'hommes de Genève (Groupe X) contre le sieur Jean dit Henri Brugerolle-Besson, négociant, à Matha (près Cognac), une demande en paiement de salaire et en dommages-intérêts pour rupture de contrat prétendument injustifiée. Après jonction des deux causes, les demandeurs conclurent, en définitive, devant le Tribunal (par écritures des 25 avril et 16 mai 1907, et suivant protocole du 24 mai 1907) à ce que le défendeur fût condamné à leur payer, pour solde de salaire, une somme de 1255 fr., et, en outre, pour dommages-intérêts ensuite de renvoi abrupt, et pour leur part aux bénéfices réalisés durant leur gérance par la maison du défendeur, à Genève, une somme qu'ils laissaient au Tribunal

le soin de déterminer; ils réclamaient, au surplus, la restitution d'un classeur et d'une copie de lettres.

Le défendeur conclut au rejet de la demande comme mal fondée, soutenant que c'était lui qui demeurerait créancier des époux Mutru et déclarant se réserver de faire valoir tous ses droits contre eux autrement que par voie de demande reconventionnelle.

Par jugement du 24 mai 1907, le Tribunal des prud'hommes (Groupe X) condamna le défendeur à payer aux demandeurs, avec intérêts de droit, la somme de 1288 fr. 80 ct. pour solde de salaire et part aux bénéfices, et débouta les demandeurs du surplus de leurs conclusions (en dommages-intérêts pour rupture de contrat prétendument injustifiée, et en restitution d'un classeur et d'une copie de lettres).

Sur appel du défendeur Brugerolle, la Chambre d'appel des Conseils de prud'hommes (Groupe X), par arrêt du 19 juillet 1907, reforma ce jugement dans le sens de la réduction de la condamnation du défendeur au paiement d'une somme de 60 fr. 45 ct. aux demandeurs à titre de salaire et pour solde de tous comptes.

B. — C'est contre cet arrêt que les époux Mutru ont, en temps utile, déclaré recourir en réforme auprès du Tribunal fédéral, en formulant les conclusions ci-après:

« plaise au Tribunal fédéral:

- » admettre le présent recours;
- » dire et prononcer que c'est à tort que l'arrêt dont est
- » recours a débouté les mariés Mutru de leur demande
- » d'indemnité pour renvoi abrupt;
- » dire et prononcer également que c'est à tort qu'il n'a
- » été pris pour base du calcul des ordres à livrer que les
- » seules affirmations de Brugerolle, affirmations non appuyées
- » par une production de livres de comptabilité;
- » en conséquence, dire et prononcer que Brugerolle sera
- » tenu de produire ses livres;
- » dire et prononcer, enfin, que c'est à tort que les ins-
- » tances cantonales n'ont pas tenu compte des bénéfices que
- » les mariés Mutru auraient vraisemblablement réalisés en